

**8. Antrag des Ausschusses für Finanzen und Steuern zum Antrag der SED-Fraktion (Drucksache Nr. 13) zur Aufnahme gemeinsamer Beratungen mit den Regierungen der übrigen Provinzen und Länder zur Beseitigung der steuerlichen Benachteiligung der Überschichten leistenden Bergarbeiter.**

(Drucksache Nr. 124)

**Wortmeldungen:**

1. Ernst Fischer (SED) . . . Seite 262

**Beschluß:**

Der Antrag wird gemäß Drucksache Nr. 124 einstimmig angenommen.

**9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Koenen, Ihle und der übrigen Mitglieder der SED-Fraktion zur Bereitstellung von Zugkräften und Treckern für die Frühjahrsbestellung im sächsischen Notstandsgebiet.**

(Drucksache Nr. 153)

**Wortmeldungen:**

1. Felix Kaden (SED) . . . Seite 263  
2. Minister Dr. Dr. Uhle . . . Seite 263  
3. Elfriede Dierlamm (LDP) . . Seite 264  
4. Paul Rademacher (CDU) . . . Seite 264  
5. Arno Häntzschel (CDU) . . . Seite 265  
6. Felix Kaden (SED) . . . Seite 265  
7. Arno Häntzschel (CDU) . . . Seite 266

**Beschluß:**

Der Antrag wird einstimmig gemäß Drucksache Nr. 153 sofort der Regierung überwiesen.

In den Rechtsausschuß tritt für den Abgeordneten Künzelmann Abgeordneter Prof. D. Hickmann ein. In den Ausschuß für Finanzen und Steuern tritt für den Abgeordneten Jensch der Abgeordnete Boden ein.

Bekanntgabe von Änderungen der Tagesordnung zur 15. Sitzung am Donnerstag, den 20. März 1947. Beginn der Sitzung am Donnerstag ist auf 9 Uhr früh vorverlegt.

*Ende der Sitzung: 16<sup>36</sup> Uhr.*

**Präsident Buchwitz:**

Die Sitzung ist eröffnet. Ich habe zuerst einiges Geschäftliche bekanntzumachen.

Es sind mit der Bitte um Bekanntmachung einige Telegramme und Briefe von der Freien Deutschen Jugend eingegangen, die dem Landtag den Dank dafür aussprechen, daß die Grundrechte der jungen Generation in der Verfassung ihre Beachtung gefunden haben, und vor allen Dingen dafür, daß das Wahlalter so festgelegt wurde wie es jetzt in der Verfassung vermerkt ist. Es sind dies

- ein Telegramm der Landesleitung der Freien Deutschen Jugend, Landesleitung Sachsen in Dresden,
- ein Telegramm des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend in Berlin,
- ein Telegramm der Kreisleitung der FDJ in Gardelagen,
- ein Brief der Kreisleitung der FDJ in Zwickau,
- ein Brief der FDJ in Zittau,
- ein Brief der Kreisleitung der FDJ in Leipzig und
- ein Brief der Kreisleitung der FDJ in Kamenz.

Ferner ist ein Brief des Stadtverordnetenkollegiums von Chemnitz eingegangen mit der Bitte, ihn dem Landtag bekanntzugeben. Es wurde folgende EntschlieÙung zugesandt:

Wortlaut einer von den Stadtverordneten zu Chemnitz am 6. März 1947 einstimmig gefaÙten EntschlieÙung:

„Die Chemnitzer Stadtverordneten sind sich über die Bedeutung der Moskauer Konferenz über die Zukunft des deutschen Volkes klar. Sie sind bereit, alles zu tun für eine Demokratisierung unseres gesamten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, die die Erfahrungen der Weimarer Demokratie beherzigt. Die Voraussetzung für den Erfolg auch unserer Arbeit in Chemnitz ist die Schaffung der Einheit eines friedliebenden, fortschrittlichen Deutschlands. Die Chemnitzer Stadtverordneten empfinden das Fehlen einer gesamtdeutschen Zentralverwaltung, die in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen ist, als größten Mangel. Sie würden begrüßen, wenn Deutschland schnellstens eine Zentralregierung erhalte.

Die Chemnitzer Stadtverordneten hoffen und wünschen, daß die Beratungen und Beschlüsse der Moskauer Konferenz dazu einen entscheidenden Schritt vorwärts bedeuten.“

Es sind ferner für die heutige Sitzung wegen Krankheit oder dienstlicher Verhinderung entschuldigt: die Abgeordneten Prof. Dr. Kastner, Grotewohl, Gruner und Frau Thümmel.

Ich möchte Sie nun bitten, die Tagesordnung einmal zur Hand zu nehmen. Es haben folgende Veränderungen stattgefunden. Auf der heutigen Tagesordnung der 14. Sitzung müssen folgende Berichtigungen vorgenommen werden:

Zu Punkt 1: EntschlieÙung der Landesregierung zur Anfrage der SED-Fraktion betreffend Strafverfahren gegen den Landwirt Schneider in Bernsbach (Drucksache Nr. 83): Das Präsidium hat davon abgesehen, dieselbe auf die Tagesordnung zu setzen, weil uns das Justizministerium mitgeteilt hat, in dieser Strafsache schwebt ein Revisionsverfahren, und darum sei es nicht in der Lage, uns eine Antwort zu geben.

Zu Punkt 3: Beratung des Landeshaushaltes: Es ist Ihnen wahrscheinlich von den Fraktionsführern mitgeteilt worden, daß dieser Punkt nochmals eine Ausschußsitzung beschäftigen muß. Dieser Punkt wird voraussichtlich am Freitag hier im Plenum behandelt.

Herr Minister Rohner hat mir vorhin mitgeteilt, daß es sehr fraglich sei, ob der Punkt 3 am Donnerstag zur Beratung kommen könne. Ich habe die Fraktionsführer davon unterrichtet und gebeten, die Damen und Herren des Hauses darauf aufmerksam zu machen, daß wahrscheinlich am Freitag noch zwei Sitzungen, also zwei Lesungen, erforderlich sind, die sich mit dem Haushaltsplan beschäftigen. Da hilft kein Kopfschütteln, der Haushaltsplan muß bis 26. März verabschiedet sein.

**Abgeordneter Zeigner (SED):**

Ich glaube, es ist tatsächlich für diejenigen, die noch andere Aufgaben haben, kaum tragbar, daß wir hierher kommen und erfahren, daß alle Dispositionen, die wir getroffen haben, über den Haufen geworfen werden.

Ich bitte auch auf uns Rücksicht zu nehmen. Wir sind alle überlastet. Ich habe in der Kreiskommission zu tun, ich habe im Disziplinarausschuß mitzuwirken, führe interfraktionelle Besprechungen, die von hier aus kaum zu führen sind, und jetzt höre ich, daß umdisponiert wird. Wir stehen vor einer Schwierigkeit, weil wir angesichts solcher Umstände auf die Umdisposition gar nicht vorbereitet sind. Nach Möglichkeit sollten solche Änderungen auf die nächste Sitzung vertagt werden, aber nicht auf so kurze Termine.